

Parteitag Berlin

7. bis 9. Dezember 1999

Gleichstellungsbericht

Berichterstellerin:

Karin Junker, MdEP

**Vorsitzende der Kommission Gleichstellungspolitik
des SPD-Parteivorstandes und**

**Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft
Sozialdemokratischer Frauen (ASF)**

Inhaltsverzeichnis:

Einleitung Karin Junker	4
1. Die SPD auf Bundesebene	8
1.1. Mitgliederentwicklung	8
1.2. Parteivorstand, Präsidium, Parteirat	9
1.3. Weibliche Delegierte zu den Bundesparteitagen 1984 - 1999	10
Stimmberechtigte Delegierte auf dem Bundesparteitag 1997	11
1.4. Projektgruppen und Kommissionen des Parteivorstandes	12
1.5. Bundesvorstände der Arbeitsgemeinschaften und Foren	13
2. Die SPD auf Landesverbands-, Bezirks-, Unterbezirks- und Ortsvereinsebene	14
2.1 Mitgliederentwicklung in den Landesverbänden und Bezirken 1995 bis 1999	14
2.2. Statistik der SPD-Mitglieder in den Landesverbänden und Bezirken.....	16
2.3. Vorstände der Landesverbände und Bezirke	17
2.4. Vorstände der Unterbezirke / Kreisverbände	19
2.5. Vorstände der Ortsvereine	20
3. Parlamente / Fraktionen / Regierungen	21
3.1. Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) im Europäischen Parlament Anteil der weiblichen Abgeordneten unter den SPD-Abgeordneten des Europäischen Parlaments 1979 bis 1999	21
3.2 SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag	22
3.2.1 Weibliche Abgeordnete in der SPD-Fraktion seit 1949.....	22
3.2.2 SPD-Mandatsverteilung nach der Bundestagswahl 27.9.1998 nach Landesverbänden und Bezirken und Vergleich zu 1994.....	23
3.2.3 Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion.....	27
3.2.4 Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion seit 1949	28
3.2.5 Zusammensetzung der Ausschüsse und Arbeitsgruppen.....	29
3.2.5.1 Frauenanteil unter den sozialdemokratischen Mitgliedern der Ausschüsse des Deutschen Bundestages.....	29
3.2.5.2 Ausschuß-Arbeitsgruppen der SPD-Bundestagsfraktion	30
3.3 Bundesregierung.....	30

3.4	SPD-Fraktionen der Länderparlamente	31
3.4.1	Weibliche Abgeordnete in den SPD-Landtagsfraktionen	31
3.4.2	Funktionsverteilung in den SPD-Fraktionen der Länder Vorstände der SPD-Landtagsfraktionen	32
3.4.3	Frauenanteil unter den SPD-Arbeitskreis- und Ausschußvorsitzenden ..	33
3.5	Landesregierungen	34
3.5.1	Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist	34
3.5.2	Zum Vergleich: Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD nicht beteiligt ist	36
4.	Bericht der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (Bundes-SGK) über die Repräsentanz der Frauen in kommunalen Vertretungen und kommunalen Spitzenpositionen	37
4.1	Frauenanteil bei Ratsmitgliedern in Gemeinden mit 20.000 und mehr Einwohnerinnen und Einwohnern	37
4.2	Weibliche Vorsitzende der SPD-Stadt- und Kreistagsfraktionen	38
4.3	Von sozialdemokratischen Frauen besetzte Führungspositionen	38
4.4	Frauen im Vorstand der Bundes-SGK und in den Vorständen der Landes-SGK's	39
5.	Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	40
5.1.	SPD-Parteivorstand	40
5.2.	SPD-Landesverbände, -Bezirke und -Unterbezirke	41

Einleitung

Karin Junker, MdEP, Vorsitzende der Kommission Gleichstellungspolitik des SPD-Parteivorstandes und Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Im Jahre elf nach dem „Quotenparteitag“ der SPD 1988 in Münster gilt erstmals die Satzungspflicht, mit einem Frauenanteil von mindestens 40 Prozent in allen Parlamenten und Räten vertreten zu sein. Auf Bundesebene verbindet sich das erstmals nach 16-jähriger konservativer Regierungsmehrheit mit politischer Machtbeteiligung. In den Kommunen und Ländern, in denen seit dem spektakulären Erfolg bei der Bundestagswahl 1998 gewählt wurde, ist die politische Vorrangstellung jedoch weitgehend abhanden gekommen. Das hat auch bedauerlicherweise viele Frauen - Oberbürgermeisterinnen, Landrätinnen, Ministerinnen - um Spitzenämter gebracht.

Der hiermit vorgelegte Gleichstellungsbericht in Fortschreibung der Bilanz von Hannover 1997 belegt, dass die SPD zwar in Sachen innerparteilicher Gleichstellung in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren einen deutlichen Schritt nach vorn gemacht hat, das Satzungsziel von einer mindestens 40-Prozent-Beteiligung an allen Funktionen und Mandaten für jedes Geschlecht zu Lasten der Frauen nicht erreicht worden ist.

Das gilt zum Beispiel für die Bundestagsfraktion, von der seit jeher eine hohe Signalwirkung ausgeht - trotz eines ausserordentlich guten Wahlergebnisses, obwohl Frauen so viele Direktmandate gewonnen haben wie noch nie und die SPD fast drei Viertel ihrer Mandate direkt geholt hat. Hier hat sich negativ ausgewirkt, dass immer noch zu wenig Frauen in sicheren bzw. aussichtsreichen Wahlkreisen aufgestellt wurden. Auch wenn uns noch einige Prozentpunkte von der magischen 40-Prozent-Marke fehlen (u.a. weil unerwartet viele Direktwahlkreise geholt wurden und noch Überhangmandate anfielen): 106 von 297 Abgeordneten sind immerhin eine respektable Grösse, weit mehr als die „kritische Masse“, derer es anerkanntermassen bedarf, um Einfluss zu nehmen. Gleiches gilt für Regierungsbildung und Konstituierung der Fraktion, wobei die Fraktion in ihrer Führung der Parität schon sehr nahe gekommen ist.

Eine ungleiche interne Verteilung der Verantwortungsbereiche ergibt sich für die Bundestagsfraktion trotz des beachtlichen Durchschnitts: die stellvertretenden Vorsitzenden sind nur zu einem Drittel Frauen, jedoch sind jetzt drei von fünf Geschäftsführerpositionen von einer Frau bekleidet. Bei den Sprecherfunktionen sind Männer in der Überzahl. Da kann es auch nicht überraschen, dass es bei geschlechtsspezifischen Unterschieden bei der Ausschussbesetzung geblieben ist. Überproportional sind Frauen im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, im Tourismusausschuss sowie im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vertreten, unterdurchschnittlich im Auswärtigen Ausschuss, im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union sowie im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Hier muss künftig auf mehr Ausgewogenheit geachtet werden, damit Frauen nicht von der Beteiligung in wichtigen zukunftsrelevanten Bereichen ausgeschlossen sind.

Nicht allen Erwartungen bei der Regierungsbildung konnte entsprochen werden, aus welcher Sicht auch immer. Auch verpasste Gelegenheiten sind zu beklagen. Aber alles in allem sind so viele Frauen in den politischen Führungsetagen beteiligt worden wie noch nie, vier Sozialdemokratinnen und eine Bündnis 90 / Grüne-Politikerin haben ein Ministeramt übernommen, zusammen mit neun parlamentarischen Staatssekretärinnen, darunter vier sozialdemokratischen, stellen sie eine beachtliche Frauenpower dar. Noch immer sind jedoch das Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt, das Wirtschaftsministerium und das Landwirtschaftsministerium in dieser Hinsicht „frauenfrei“.

Bei den Europawahlen im Juni 1999 mussten schmerzliche Verluste hingenommen werden. Sieben Abgeordnete (von vierzig) haben ihr Mandat verloren, darunter drei Frauen. Dennoch wurde, wie schon fünf Jahre vorher, ein Frauenanteil von gut 42 Prozent erreicht, weil die Quotenvorschriften bei der Listenaufstellung trotz vieler Begehrlichkeiten und Widerstände konsequent eingehalten wurden. Die SPD-Frauen nehmen damit die Spitzenfunktion in der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) im Europäischen Parlament ein, deren Frauenanteil mit 36 Prozent erstmals das „magische Drittel“ übersprungen hat.

Der Frauenanteil in den Landtagsfraktionen schwankt zwischen 12,8 Prozent (Baden-Württemberg) und 46,8 Prozent in Bremen. Diese Ungleichgewichtigkeit ist nicht nur (aber auch!) Folge mangelnder Satzungstreue der zuständigen SPD-Gremien, sondern des von Land zu Land sehr unterschiedlichen Wahlsystems. Neben Baden-Württemberg liegen vor allem Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Brandenburg weit zurück. In Bremen, Sachsen, Berlin und Hamburg wurde die Mindestbeteiligung jedoch durchschnittserhöhend leicht bis deutlich überschritten.

Die teilweise erhebliche Unterrepräsentanz von Frauen in den Landtagsfraktionen ist nicht akzeptabel. Hier sei Baden-Württemberg lobend hervorgehoben, wo der Fraktionsvorstand trotz des sehr niedrigen Frauenanteils in der Fraktion zu vierzig Prozent aus weiblichen Mitgliedern besteht. Knapp jedes dritte auf die SPD entfallende Ministeramt wird von einer Frau bekleidet. Das ist beachtlich, aber nicht genug. Einen Rückschritt gibt es vor allem in Brandenburg zu beklagen, wo nur noch eine Frau ins Kabinett berufen wurde. Da tröstet es auch nicht, dass der Koalitionspartner gar keine Frau präsentiert hat und die CDU überhaupt noch nicht einmal mit einem Fünftel weiblicher Regierungsmitglieder aufwarten kann. Ministerpräsidentin Heide Simonis ist immer noch allein auf weiter Länderflur als Regierungschefin eines Landes.

Auch für die Partei ergibt sich ein uneinheitliches Bild. Im Parteivorstand, im Parteirat, in den Landes- und Bezirksvorständen und bei den Parteitagsdelegierten ist der Frauenanteil erfreulich hoch, vielfach übersteigt er die Mindestabsicherung von 40 Prozent sogar. Im Parteivorstand wurde Parität erreicht. Nahezu jeder zweite Delegierte beim ordentlichen Parteitag 1997 war eine Frau, jedoch erreichten sechs Landesverbände und Bezirke die 40 Prozent nicht. Die Frauenanteile in den Delegationen reichen von einem guten Drittel mit 36 Prozent bis hin zu Delegationen, in denen die 40-prozentige Mindestbeteiligung von Männern gerade noch erfüllt wird.

Für die Kommissionen, Foren und Projektgruppen des Parteivorstandes ergibt sich eine unterschiedliche Bilanz. Neben paritätischen Besetzungen finden sich hier auch

deutliche Unterrepräsentanzen von Frauen. In allen Vorständen der grossen Arbeitsgemeinschaften ist die 40-Prozent-Beteiligung erfüllt. Zwei extreme Beispiele jedoch bilden die Projektgruppen „Familie und sozialer Zusammenhalt“ mit 63 Prozent Frauen einerseits und die Projektgruppe „Zukunft von Selbständigkeit und Mittelstand“ andererseits mit nur einem guten Viertel Frauen. Hier rächt es sich weiterhin, dass die Mindestabsicherung für solche Gremien de jure nicht gilt. Vom Parteivorstand muss erwartet werden, dass die neu einzusetzende Programmkommission paritätisch besetzt wird.

Die Bezirke und Landesverbände werden nach wie vor nur im Ausnahmefall von Frauen geführt: Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und Sachsen. Bei den Unterbezirken bzw. Kreisvorständen gibt es noch beträchtliche Defizite, ebenso bei den Ortsvereinen. So gibt es eine Reihe von Landesverbänden und Bezirken, die nicht eine einzige weibliche Unterbezirksvorsitzende haben, während in anderen schon in mehr als 40 Prozent der Kreise eine Vorsitzende fungiert. Ein gutes Viertel Ortsvereinsvorsitzende gibt es in Berlin. Im Saarland und in Hessen-Nord stehen jedoch nur in jedem zehnten Ortsverein Frauen an der Spitze.

Trotz aller begrüssenswerten Erfolge in den letzten Jahren ist die SPD eine Partei der Stellvertreterinnen geblieben. Unabhängig von der Gliederungsebene haben Frauen in Führungspositionen noch immer Seltenheitswert. In den Kommunen haben sich einige Dezernentenpositionen erkämpft, aber als Hauptverwaltungsbeamtinnen haben sie Boden verloren. Die erfolgreichen sozialdemokratischen Oberbürgermeisterinnen und Landrätinnen in Nordrhein-Westfalen konnten bei den Kommunalwahlen im September 1999 bis auf eine Ausnahme ihr Amt nicht verteidigen.

Immer noch gilt: je höher die Hierarchieebene, desto dünner die Luft für Frauen. Das gilt für den hauptamtlichen Apparat der Partei ganz besonders. Obwohl es nach wie vor mehr weibliche als männliche Beschäftigte gibt, ist im Willy-Brandt-Haus wie gehabt keine einzige Frau in einer Führungsposition tätig, obwohl es einen Frauenförderplan gibt, dessen Umsetzung in der Praxis aussen vor gelassen wird. Das schwächt die Glaubwürdigkeit der SPD, zumal auch die jüngsten personellen Veränderungen ausschliesslich zugunsten von Männern erfolgt sind.

Was lernen wir daraus?

- Dass bis zur Chancengleichheit und Parität auch in der SPD noch ein weiter Weg zurückzulegen ist,
- dass wir die Vorschriften zur Mindestabsicherung nicht nur noch auf lange Sicht noch brauchen, sondern auch von den Gliederungen mehr Satzungstreue einfordern und ernsthaft über Sanktionen im Nichteinhaltungsfalle nachdenken müssen,
- dass vor allem in Unterbezirken und Ortsvereinen, aber auch in etlichen Landtagsfraktionen Defizite auszugleichen sind,
- dass allerorten darauf geachtet werden muss, dass keine geschlechtsspezifischen Ungleichgewichtigkeiten in der Ressortverteilung auftreten,
- dass die Wahlsysteme für Landtags- und Kommunalwahlen darauf hin überprüft werden müssen, frauenbehindernde Effekte zu beseitigen,

- dass die Einstellungspraxis beim Parteivorstand und in den Gliederungen zu Gunsten von Frauen radikal geändert werden muss.

Die regelmässigen Gleichstellungsberichte auf den Parteitagen haben eine wichtige Funktion. Darüber hinaus ist es jedoch an der Zeit, dass die Partei ein Jahrzehnt „Quotenerfahrungen“ bilanziert und die notwendigen Schlussfolgerungen daraus zieht, um sicherzustellen, dass dem Satzungsanspruch auch eine Satzungswirklichkeit folgt. Am Beispiel der Aufstellungsprobleme um die Europaliste ist auch ein neues Konfliktfeld deutlich geworden, das einer Regelung bedarf: Wenn Reihungen unterer Ebenen von einer höheren Ebene „zusammengestrickt“ werden müssen, kann die vorgegebene Rangfolge der Untergliederungen mit den Quotenanforderungen der höheren Ebene (Ortsverein ⇒ Unterbezirk, Unterbezirk ⇒ Bezirk, Bezirk ⇒ Land, Bezirke / Landesverbände ⇒ Bund) kollidieren. An dieser Stelle hat die Satzung ebenso eine Lücke wie für die (häufigeren) Fälle, wie bewusste Quotenverstösse so zu ahnden sind, dass die Frauen doch zu ihrem guten Recht kommen.

1. Die SPD auf Bundesebene

1.1 Mitgliederentwicklung

Jahr	Anzahl der weiblichen Mitglieder	Frauenanteil in Prozent
1984	226.654	24,49
1986	232.000	25,2
1988	236.219	26,02
1990	255.809	27,12
31.12.1993	240.053	27,87
31.12.1994	238.192	28,04
31.12.1995	230.952	28,25
31.12.1996	226.003	28,47
31.12.1997	223.198	28,69
31.12.1998	224.213	28,93

1.2 Parteivorstand, Präsidium, Parteirat

	1988	1990	1991	1993	1995	1997	1999
Parteivorstand insgesamt	41	51	45	45	45	45	42 ¹
davon Frauen	14	18	17	19	21	23	22
Frauenanteil in %	34,1	35,3	37,8	42,2	46,7	51,1	52,4
Präsidium insgesamt	11	13	keine Angaben	13	13	13	11 ²
davon Frauen	4	5		5	5	5	5
Frauenanteil in %	36,4	38,5		38,5	38,5	38,5	45,5
Parteirat insgesamt	88	110	keine Angaben	111	110	110	109
davon Frauen	28	41		50	50	50	49
Frauenanteil in %	31,8	37,2		45,0	45,5	45,5	45,0

¹ Nach der Wahl von Christine Hohmann-Dennhardt zur Richterin am Bundesverfassungsgericht, dem Rücktritt des Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine und dem Ausscheiden des neuen Bundespräsidenten Johannes Rau gehören dem Parteivorstand nur noch 42 Mitglieder an.

² Durch das Ausscheiden von Oskar Lafontaine und Johannes Rau verringerte sich die Zahl der Präsidiumsmitglieder auf 11.

1.3. Weibliche Delegierte zu den Bundesparteitagen 1984 bis 1999

	Anzahl der weiblichen Delegierten	Frauenanteil in Prozent
1984	83	18,9
1986	118	27,2
1988	159	36,6
1990	214	42,0
1991	203	43,5
1992	192	42,1
1993	198	42,1
1995	249	47,5
1996	231	46,2
1997	236	45,1
1998 ³	229	44,6
1999 ⁴	221	42,9

³ Außerordentlicher Parteitag Bonn 25.10.1998

⁴ Außerordentlicher Parteitag Bonn 12.04.1999

Stimmberechtigte Delegierte auf dem Bundesparteitag 1997 ⁵

Landesverband / Bezirk	Zahl der weiblichen Delegierten	Zahl der Delegierten insgesamt	Frauenanteil in Prozent
Schleswig-Holstein	7	19	36,8
Hamburg	4	10	40,0
Bremen	3	5	60,0
Nord-Niedersachsen	3	5	60,0
Weser-Ems	6	16	37,5
Hannover	9	25	36,0
Braunschweig	4	11	36,4
Ostwestfalen-Lippe	7	14	50,0
Westliches Westfalen	26	60	43,3
Niederrhein	15	35	42,9
Mittelrhein	13	27	48,1
Hessen-Nord	9	18	50,0
Hessen-Süd	14	35	40,0
Baden-Württemberg	21	38	55,3
Bayern	28	60	46,7
Rheinland/Hessen- Naussau	6	16	37,5
Rheinhessen	3	6	50,0
Pfalz	8	14	57,1
Saar	7	18	38,9
Berlin	6	14	42,9
Mecklenburg- Vorpommern	2	4	50,0
Brandenburg	4	8	50,0
Sachsen-Anhalt	3	7	42,9
Thüringen	3	6	50,0
Sachsen	4	8	50,0
gesamt	215	479	44,9
Mitglieder des Parteivorstandes	21	44	47,7
stimmberechtigte Delegierte insgesamt	236	523	45,1

⁵ Quelle: Protokoll Parteitag Hannover 2. bis 4. Dezember 1997

1.4 Projektgruppen und Kommissionen des Parteivorstandes

	Zahl der Mitglieder insgesamt	Zahl der weiblichen Mitglieder	Frauenanteil in Prozent
Projektgruppe „Zukunft der Arbeit“	19	7	36,8
Projektgruppe „Familie und sozialer Zusammenhalt“	16 ⁶	10	62,5
Projektgruppe „Zukunft von Selbständigkeit und Mittelstand“	30	8	26,7
Kommission Jugend	18	7	38,9
Historische Kommission	23	8	34,8
Grundwertekommission	14	6	42,9
Kommission Bildung und Wissenschaft	22	10	45,5
Kommission Medienpolitik	22	7	31,8
Kommission Gleichstellungspolitik	15	9	60,0
Kontrollkommission	9	4	44,4
Bundesschiedskommission	7	3	42,9
Kuratorium Wilhelm-Dröscher-Preis	10	5	50,0
Vorstand der SPD-Parteischule	12	6	50,0

⁶ Einschließlich dreier Politikerinnen als ständige Gäste.

1.5 Bundesvorstände der Arbeitsgemeinschaften und Foren

	Vorsitzende		stellvertre- tende Vorsitzende		weitere Vorstands- mitglieder		Frauen- anteil in Prozent
	Männer	Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)	0	1	0	3	0	17	100,0
Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos)	1	0	8	5	4	1	46,2
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)	1	0	3	2	25	10	41,4
Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus	1	0	2	1	6	3	44,4
Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD(AGS)	1	0	5	2	7	3	38,5
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)	1	0	2	1	4	2	42,9
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)	1	0	2	1	8 ⁷	4	45,5
Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)	0	1	2	1	3	1	50,0
Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS)	0	1	2	0	9	2	25,0
Kuratorium des Wissen- schaftsforums der Sozialdemokratie	0	1	0	0	12	4	38,5
Kulturforum der Sozialdemokratie	1	0	1	0	6	2	25,0
Forum Eine Welt	1	0	3	2			

⁷ Darunter die Vorsitzende des ASG-Bundesausschusses

2. Die SPD auf Landesverbands-, Bezirks-, Unterbezirks- und Ortsvereinsebene

2.1 Mitgliederentwicklung in den Landesverbänden und Bezirken 1995 bis 1999

Landesverbände/ Bezirke	31.12.1995	31.12.1996	31.12.1997	31.12.1998	31.07.1999
Schleswig- Holstein*)	32.626 10.881	31.435 10.530	30.511 10.316	30.254 10.257	28.972 9.857
Hamburg	17.466 6.070	16.484 5.769	15.884 5.542	15.527 5.386	14.930 5.185
Bremen	8.908 2.698	8.426 2.587	8.014 2.463	7.705 2.373	7.529 2.331
Nord-Niedersachsen	9.360 2.474	9.255 2.458	8.989 2.397	8.999 2.437	8.820 2.425
Weser-Ems	26.856 7.233	26.845 7.288	26.250 7.167	26.287 7.256	25.874 7.172
Hannover	46.253 12.398	45.271 12.305	44.018 12.035	43.704 12.078	42.965 11.874
Braunschweig	19.703 5.260	19.262 5.199	18.831 5.097	18.844 5.153	18.526 5.071
Ostwestfalen-Lippe	23.975 6.355	23.432 6.311	23.004 6.286	22.863 6.315	22.493 6.226
Westliches Westfalen	110.075 34.157	106.063 33.157	103.416 32.547	103.347 32.637	101.458 32.141
Niederrhein	57.876 17.172	55.604 16.566	54.508 16.330	54.710 16.562	53.628 16.292
Mittelrhein	46.365 14.562	45.235 14.279	44.300 14.086	44.846 14.279	44.107 14.106
Hessen-Nord	36.516 8.421	35.629 8.322	35.145 8.289	34.827 8.286	34.265 8.220
Hessen-Süd	68.114 16.914	65.879 16.594	64.682 16.484	63.438 16.355	62.139 16.120
Baden-Württemberg	56.300 15.917	54.129 15.415	52.565 15.072	52.332 15.126	51.798 15.065
Bayern	102.129 28.066	99.774 27.826	98.213 27.720	97.732 27.908	95.809 27.497
Rheinland/Hessen- Nassau	29.319 7.167	28.373 6.929	27.729 6.870	27.503 6.909	27.457 6.976
Rheinhessen	11.212 3.360	10.995 3.315	10.882 3.285	10.745 3.279	10.705 3.286
Pfalz	26.447 6.654	25.680 6.532	25.247 6.495	24.952 6.513	24.919 6.584
Saar	37.559 10.912	37.040 10.807	37.008 10.874	37.579 11.173	37.318 11.174
Berlin	23.414 7.617	22.123 7.192	21.262 6.870	20.578 6.665	20.326 6.583

Landesverbände/ Bezirke	31.12.1995	31.12.1996	31.12.1997	31.12.1998	31.07.1999
Mecklenburg- Vorpommern	3.341 857	3.311 858	3.576 976	3.420 949	3.459 971
Brandenburg	6.746 1.670	6.778 1.683	6.936 1.775	7.575 1.979	7.563 2.011
Sachsen-Anhalt	6.143 1.571	5.989 1.524	6.096 1.578	6.130 1.578	5.926 1.562
Thüringen	5.769 1.415	5.662 1.416	5.587 1.434	5.781 1.523	5.899 1.604
Sachsen	5.178 1.151	5.123 1.141	5.246 1.210	5.358 1.237	5.242 1.214
SPD gesamt	817.650	793.797	777.899	775.036	762.127
Männer	586.698	567.794	554.701	550.823	540.580
Frauen	230.952	226.003	223.198	224.213	221.547
Frauenanteil	28,25%	28,47%	28,69%	28,93	29,07

*) 1. Zeile: gesamt
2. Zeile: weiblich

2.2. Statistik der SPD-Mitglieder in den Landesverbänden und Bezirken nach Frauenanteil in Prozent ⁸

Bezirk / Landesverband	gesamt:	davon weiblich:	prozentual:
Hamburg	15.527	5.386	34,7
Schleswig-Holstein	30.254	10.257	33,9
Berlin	20.578	6.665	32,1
Mittelrhein	44.846	14.279	31,8
Westliches Westfalen	103.347	32.637	31,6
Bremen	7.705	2.373	30,8
Rheinhessen	10.745	3.279	30,5
Niederrhein	54.710	16.562	30,3
Saar	37.579	11.173	29,7
Baden-Württemberg	52.332	15.126	28,9
Bayern	97.732	27.908	28,6
Mecklenburg-Vorpommern	3.420	949	27,7
Weser-Ems	26.287	7.256	27,6
Hannover	43.704	12.078	27,6
Ostwestfalen-Lippe	22.863	6.315	27,6
Braunschweig	18.844	5.153	27,3
Nord-Niedersachsen	8.999	2.437	27,1
Thüringen	5.781	1.523	26,3
Pfalz	24.952	6.513	26,1
Brandenburg	7.575	1.979	26,1
Hessen-Süd	63.438	16.355	25,8
Sachsen-Anhalt	6.130	1.578	25,7
Rheinland/ Hessen-Nassau	27.503	6.909	25,1
Hessen-Nord	34.827	8.286	23,8
Sachsen	5.358	1.237	23,1
gesamt	775.036	224.213	28,9

⁸ Stand 31.12.1998

2.3. Vorstände der Landesverbände und Bezirke⁹

Landesverband/ Bezirk	weibliche Landes -/ Bezirks- vorsitzende	stellvertre- tende Vorsitzende	Landes-/Bezirksvorstände	
			Frauenanteil in % (zum Vergleich Angaben von 1997)	
			gesamt / davon Frauen	1997
Schleswig-Holstein	nein	2 / 1	41,2	47,1
Hamburg	nein	2 / 2	48,0	50,0
Bremen	nein	1 / 0	41,2	41,2
Nord- Niedersachsen	nein	4 / 1	46,7	40,0
Weser-Ems	ja	3 / 1	38,9	44,4
Hannover	nein	2 / 1	52,4	47,6
Braunschweig	nein	2 / 1	46,7	46,7
Ostwestfalen/Lippe	nein	3 / 2	58,8	41,2
Westliches Westfalen	nein	3 / 1	44,0	40,0
Niederrhein	nein	2 / 1	40,0	40,0
Mittelrhein	nein	2 / 1	47,6	43,5
Hessen-Nord	nein	2 / 1	42,1	42,1
Hessen-Süd	nein	2 / 1	40,0	40,0
Baden-Württemberg	ja	4 / 1	48,1	40,7
Bayern	ja	3 / 1	45,7	43,6
Rheinland/ Hessen-Nassau	nein	2 / 1	52,9	52,9
Rheinhessen	nein	2 / 1	40,0	40,0
Pfalz	nein	2 / 1	41,2	35,3
Saar	nein	3 / 1	45,0	45,0

⁹ Quelle: eigene Angaben der Landesverbände und Bezirke

Landesverband/ Bezirk	weibliche Landes -/ Bezirks- vorsitzende	stellvertre- tende Vorsitzende	Landes-/Bezirksvorstände	
			Frauenanteil in % (zum Vergleich Angaben von 1997)	
		gesamt / davon Frauen	1997	1999
Berlin	nein	4 / 2	55,6	50,0
Mecklenburg- Vorpommern	nein	2 / 1	40,0	46,7
Brandenburg	nein	2 / 1	40,0	40,0
Sachsen-Anhalt	nein	3 / 1	41,2	41,2
Thüringen	nein	2 / 1	43,5	44,0 ¹⁰
Sachsen	ja	4 / 1	50,0	45,0

Vorstände der Landesverbände, die nicht den Status von Bezirken haben

Landesverband	weibliche Landes - vorsitzende	stellvertre- tende Vorsitzende	Landesvorstände	
			Frauenanteil in Prozent (zum Vergleich Angaben von 1997)	
		gesamt / davon Frauen	1997	1999
Niedersachsen	ja	4 / 1	36,4	45,5
Nordrhein- Westfalen	nein	2 / 1	47,4	50,0
Hessen	nein	3 / 0	44,4	44,4
Rheinland-Pfalz	nein	3 ¹¹ / 0	42,9	47,6

¹⁰ Neuwahlen Ende November 1999 sind nicht berücksichtigt.

¹¹ Laut Satzung sind die drei Bezirksvorsitzenden „geborene“ stellvertretende Landesvorsitzende, sie werden auf dem Landesparteitag nicht gewählt.

2.4. Vorstände der Unterbezirke / Kreisverbände

Landesverband / Bezirk	Vorsitzende der Unterbezirke / Kreisverbände			Vorstände der Unterbezirke / Kreisverbände		
	absolut	davon Frauen	Frauen- anteil in Prozent	absolut	davon Frauen	Frauen- anteil in Prozent
Schleswig- Holstein	15	5	33,3	keine Angaben		
Hamburg	7	0	0	113	46	40,7
Bremen	3	1	33,3	33	16	48,5
Nord-Nieder- sachsen	6	2	33,3	67	29	43,3
Weser-Ems	17	5	29,4	78	29	37,2
Hannover	14	3	21,4	284	123	43,3
Braunschweig	9	4	44,4	130	52	40,0
Ostwestfalen / Lippe	7	3	42,9	152	56	36,8
Westliches Westfalen	20	1	5,0	383	153	39,9
Niederrhein	15	4	26,7			
Mittelrhein	12	0	0	215	97	45,1
Hessen-Nord	8	1	12,5	154	61	39,6
Hessen-Süd	18	2	11,1	487	177	36,3
Baden- Württemberg	43	11	25,6	530	202	38,1
Bayern	136 ¹²	30	22,1	2.662	947	35,6
Rheinland / Hessen-Nassau	16	0	0	317	123	38,8
Rheinessen	4	0	0	51	21	41,2
Pfalz	8	3	37,5	keine Angaben		25,0
Saar	7	0	0	171	73	42,7
Berlin	23	1	4,3	287	92	32,1
Mecklenburg- Vorpommern	18	2	11,1	133	45	33,8
Brandenburg	18	3	16,7	229	80	34,9
Sachsen-Anhalt	24	4	16,7	98	98	25,9
Thüringen	keine Angaben					
Sachsen	keine Angaben					

2.5. Vorstände der Ortsvereine

Landesverband / Bezirk	Vorsitzende der Ortsvereine			Vorstände der Ortsvereine		
Schleswig- Holstein	638	139	21,8	keine Angaben		
Hamburg	84	18	21,4	848	314	37,0
Bremen	61	17	27,9	164	57	34,7
Berlin	169	40	23,7	734	263	35,8
Nord-Nieder- sachsen	79	16	20,2	611	185	30,3
Weser-Ems	309	56	18,1	2.628	784	29,8
Hannover	671	105	15,6	4.614	1.279	27,7
Braunschweig	187	30	16,0	1.698	525	30,9
Ostwestfalen / Lippe	376	39	10,4	2.797	724	25,9
Westliches Westfalen	762	100	13,1	8.933	2.915	32,6
Niederrhein	283	55	19,5	2.935	1.012	34,5
Mittelrhein	229	35	15,3	2.886	1.019	35,3
Hessen-Nord	605	59	9,8	3.845	761	19,8
Hessen-Süd	450	88	19,6	4.637	1.285	27,7
Baden- Württemberg	965	197	20,4	5.129	1.652	32,2
Rheinland / Hessen-Nassau	557	72	12,9	3.722	807	21,7
Rheinhessen	145	26	17,9	1.347	405	30,0
Pfalz	450	52	11,7	keine Angaben		
Bayern	1.870	301	16,1	14.914	3.968	26,6
Saar	344	34	9,9	keine Angaben		
Mecklenburg- Vorpommern	170	30	17,6	436	128	29,4
Brandenburg	316	48	15,2	886	287	32,4
Sachsen-Anhalt	310	45	14,5	1.345	324	24,1
Thüringen	keine Angaben					
Sachsen	keine Angaben					

3. Parlamente / Fraktionen / Regierungen

3.1. Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) im Europäischen Parlament

Anteil der weiblichen Abgeordneten unter den SPD-Abgeordneten des Europäischen Parlaments 1979 bis 1999

	1979	1984	1989	1994	1999
Anzahl der weiblichen SPD-Europaabgeordneten	7	8	12	17	14
Frauenanteil in der deutschen Gruppe der SPD-Europaabgeordneten in %	20,0	25,0	38,7	42,5	42,4

Der Frauenanteil innerhalb der deutschen Gruppe der SPD-Abgeordneten konnte seit der ersten Direktwahl 1979 kontinuierlich gesteigert werden und liegt nun schon seit längerem deutlich über 40 Prozent. Seit der letzten Wahl am 13. Juni 1999 beträgt der Frauenanteil unter den deutschen SPD-Europaabgeordneten bei 42,4 Prozent (14 Frauen von 33 Abgeordneten). Der Frauenanteil im Europäischen Parlament insgesamt liegt bei 30,0 Prozent (188 Frauen von 626 Abgeordneten). Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) konnte ihren weiblichen Anteil von 33 Prozent auf 36 Prozent steigern (von 180 Abgeordneten sind 65 Frauen), wobei die SPD nach wie vor mit 42,4 prozentigem Frauenanteil weit über dem Durchschnitt und mit großem Abstand vor den konservativen Parteien liegt.

3.2. SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

3.2.1 Weibliche Abgeordnete in der SPD-Fraktion seit 1949

Jahr der Bundestagswahl		absolut	in Prozent
1949	1)	13	9,5
	2)	16	11,5
1953	1)	21	12,9
	2)	22	13,4
1957	1)	22	12,2
	2)	22	12,2
1961	1)	21	10,3
	2)	23	11,1
1965	1)	19	8,7
	2)	19	8,8
1969	1)	18	5,9
	2)	17	7,3
1972	1)	13	5,4
	2)	15	6,2
1976	1)	15	8,5
	2)	17	9,4
1980	1)	19	8,3
	2)	20	8,9
1983	1)	21	10,4
	2)	23	11,4
1987	1)	31	16,1
	2)	38	16,8
1990	1)	65	27,2
	2)	65	27,2
1994	1)	86	34,1
	2)	88	35,1
1998	1)	105 ¹³	35,2
1) zu Beginn der Legislaturperiode 2) am Ende der Legislaturperiode			

¹³ Zur Zeit beträgt der Frauenanteil 35,7 Prozent (106 Frauen von 297 gesamt). Nach dem Ausscheiden von Oskar Lafontaine ist am 29.3.1999 eine weibliche Abgeordnete aus dem Saarland nachgerückt. Für die ausgeschiedene Ingrid Matthäus-Maier ist am 1.7.1999 eine Frau nachgerückt, was somit keine Auswirkungen auf den Frauenanteil hatte. Am 28.9.1999 ist ein SPD-Abgeordneter aus der Partei und aus der Fraktion ausgetreten, so daß der Fraktion jetzt nur noch 297 Abgeordnete angehören.

3.2.2 SPD-Mandatsverteilung nach der Bundestagswahl 27.9.1998 nach Landesverbänden und Bezirken und Vergleich zu 1994¹⁴

Bundesland	Direktmandate gesamt	davon Frauen	Listenmandate gesamt	davon Frauen	Mandate gesamt	Frauen gesamt/ Frauenanteil in Prozent
Schleswig-Holstein	11	3	0	0	11	3 / 27,3 %
<i>Vergleich 1994</i>	2	0	8	4	10	4 / 40,0 %
Hamburg	7	2	0	0	7 ¹⁵	2 / 28,6 %
<i>Vergleich 1994</i>	6	2	0	0	6	2 / 33,3 %
Bremen	3	1	0	0	3	1 / 33,3 %
<i>Vergleich 1994</i>	3	1	0	0	3	1 / 33,3 %
Weser-Ems	5	1	4	1	9	2 / 22,2 %
Nord-Niedersachsen	4	2	0	0	4	2 / 50,0 %
Hannover	13	6	0	0	13	6 / 46,2 %
Braunschweig	5	1	0	0	5	1 / 20,0 %
ohne Wahlkreis	-	-	4 ¹⁶	1	4	1 / 25,0 %
Niedersachsen gesamt	27	10	8	2	35	12 / 34,3 %
<i>Vergleich 1994</i>	14	7	14	3	28	10 / 35,7 %

¹⁴ Datenbasis: dpa, Der Bundeswahlleiter, eigene Berechnungen

¹⁵ Davon ein Überhangmandat

¹⁶ Gerhard Schröder, der auf Platz 1 der Landesliste kandidiert hat, nicht als Direktkandidat, sowie drei weitere Listenkandidatinnen und -kandidaten ohne Wahlkreis.

Bundesland	Direktmandate gesamt	davon Frauen	Listenmandate gesamt	davon Frauen	Mandate gesamt	Frauen gesamt/ Frauenanteil in Prozent
Mittelrhein	11	2	3	2	14	4 / 28,6 %
Niederrhein	18	4	4	2	22	6 / 27,3 %
Westliches Westfalen	20	5	6	2	26	7 / 26,9 %
Ostwestfalen- Lippe	4	0	2	0	6	0
ohne Wahlkreis	-	-	4 ¹⁷	3	4	3 / 75,0 %
Nordrhein- Westfalen gesamt	53	11	19	9	72	20 / 27,8 %
<i>Vergleich 1994</i>	40	4	26	13	66	17 / 25,8 %
Hessen-Nord	6	1	1	1	7	2 / 28,6 %
Hessen-Süd	12	8	2	0	14	8 / 57,1 %
Hessen gesamt	18	9	3	1	21	10 / 47,6 %
<i>Vergleich 1994</i>	8	2	11	6	19	8 / 42,1 %
Rheinland/ Hessen- Nassau	4	0	3	3	7	3 / 42,9 %
Rheinhessen	2	0	0	0	2	0
Pfalz	4	2	2	1	6	3 / 50,0 %
Rheinland- Pfalz gesamt	10	2	5	4	15	6 / 40,0 %
<i>Vergleich 1994</i>	4	0	10	4	14	4 / 28,6 %

¹⁷ Franz Müntefering und drei Frauen, die auf der Landesliste kandidiert haben, nicht als Direktkandidat bzw. Direktkandidatinnen.

Bundesland	Direktmandate gesamt	davon Frauen	Listenmandate gesamt	davon Frauen	Mandate gesamt	Frauen gesamt/ Frauenanteil in Prozent
Baden- Württemberg	11	6	19	6	30	12 / 40,0 %
<i>Vergleich 1994</i>	0	0	25	10	25	10 / 40,0 %
Bayern	7	2	27	14	34	16 / 47,1 %
<i>Vergleich 1994</i>	1	1	28	13	29	14 / 48,3 %
Saarland	5	1	0	0	5	1 / 20,0 %
<i>Vergleich 1994</i>	5	1	0 ¹⁸	0	5	1 / 20,0 %
Berlin	9	3	1	0	10	3 / 30,0 %
<i>Vergleich 1994</i>	3	0	6	3	9	3 / 33,3 %
Mecklen- burg- Vorpom- mern	7	3	0	0	7 ¹⁹	3 / 42,9 %
<i>Vergleich 1994</i>	2	1	2	1	4	2 / 50 %
Branden- burg	12	3	0	0	12 ²⁰	3 / 25,0 %
<i>Vergleich 1994</i>	12	0	0	0	12	0 / 0,0 %
Sachsen- Anhalt	13	5	0	0	13 ²¹	5 / 38,5 %
<i>Vergleich 1994</i>	3	1	4	2	7	3 / 42,9 %

¹⁸ Da Oskar Lafontaine 1994 zu Beginn der Wahlperiode ausgeschieden ist, war eine Frau über die Liste nachgerückt, so daß es während der Wahlperiode zwei weibliche Abgeordnete aus dem Saarland gab.

¹⁹ Davon zwei Überhangmandate

²⁰ Davon drei Überhangmandate

²¹ Davon vier Überhangmandate

Bundesland	Direktmandate gesamt	davon Frauen	Listenmandate gesamt	davon Frauen	Mandate gesamt	Frauen gesamt/ Frauenanteil in Prozent
Thüringen	11	3	0	0	11 ²²	3 / 27,3 %
<i>Vergleich 1994</i>	0	0	6	2	6	2 / 33,3%
Sachsen	8	2	4	3	12	5 / 41,7 %
<i>Vergleich 1994</i>	0	0	9	4	9	4 / 44,4 %
gesamt SPD	212	66	86	39	298	105 / 35,2 %
<i>Vergleich 1994</i>	103	20	149	65	252	85 / 33,7 %

²² Davon drei Überhangmandate

3.2.3 Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion

Dem Geschäftsführenden Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion gehören der Fraktionsvorsitzende, die neun stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, die fünf parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie kraft Amtes der Bundestagspräsident und die Bundestagsvizepräsidentin an. Unter diesen 17 Mitgliedern sind 7 Frauen (drei stellvertretende Fraktionsvorsitzende, drei parlamentarische Geschäftsführerinnen sowie die Bundestagsvizepräsidentin), der Frauenanteil liegt bei 41,2 Prozent. Unter den weiteren 30 Vorstandsmitgliedern, sind 15 Frauen (50,0 Prozent). Im insgesamt 47-köpfigen Fraktionsvorstand beträgt der Frauenanteil 46,8 Prozent (22 Frauen).

3.2.4. Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion seit 1949

	absolut	in %
1. Wahlperiode 1949-1953	1	5,2
2. Wahlperiode 1953-1957	3	14,2
3. Wahlperiode 1957-1961	2	8,6
4. Wahlperiode 1961-1965	2	8,3
5. Wahlperiode 1965-1967	2	7,6
6. Wahlperiode 1969-1972	3	10
7. Wahlperiode 1972-1976	4	13,3
8. Wahlperiode 1976-1980	3 ab 23.3.78: 4	10 12,9
9. Wahlperiode 1980-1983	4	12,5
10. Wahlperiode 1983-1987	6 Ende 1986: 7	14,2 20
11. Wahlperiode 1987-1990	11	27,5
12. Wahlperiode 1990-1994	14 1993: 19	29,2 42,2
13. Wahlperiode 1994-1998	18	40,0
14. Wahlperiode ab 1998	22	46,8

3.2.5 Zusammensetzung der Ausschüsse und Arbeitsgruppen

3.2.5.1 Frauenanteil unter den sozialdemokratischen Mitgliedern der Ausschüsse des Deutschen Bundestages ²³

	Anzahl der ordentlichen SPD-Ausschußmitglieder	Anzahl der Frauen	Frauenanteil in Prozent
Ausschuß für Menschenrechte und humanitäre Hilfe	7	5	71,4
Ausschuß für Tourismus	7	5	71,4
Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	14	9	64,3
Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung	18	11	61,1
Ausschuß für Kultur und Medien	7	4	57,1
Petitionsausschuß	13	7	53,8
Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	17	9	52,9
Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	12	6	50,0
Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung	7	3	42,9
Ausschuß für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	19	8	42,1
Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	12	5	41,7
Rechtsausschuß	14	5	35,7
Ausschuß für Gesundheit	14	5	35,7
Haushaltsausschuß	19	6	31,6
Sportausschuß	7	2	28,6
Ausschuß für die Angelegenheiten der Neuen Länder	7	2	28,6
Innenausschuß	18	5	27,8
Finanzausschuß	18	5	27,8
Verteidigungsausschuß	17	4	23,5
Auswärtiger Ausschuß	18	4	22,2
Ausschuß für Wirtschaft und Technologie	18	4	22,2
Ausschuß für Angelegenheiten der Europäischen Union	16	3	18,8
Ausschuß für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung	17	2	11,8

²³ In der Rangfolge der Frauenbeteiligung

Die SPD stellt in 10 der 23 Ausschüsse des Bundestages den Vorsitz. Folgende vier Ausschüsse haben eine sozialdemokratische Abgeordnete als Vorsitzende.

- Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung
- Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung
- Ausschuß für Kultur und Medien

Die SPD stellt 10 stellvertretende Ausschußvorsitzende, davon haben drei SPD-Frauen den stellvertretenden Vorsitz inne in folgenden Ausschüssen:

- Petitionsausschuß
- Ausschuß für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
- Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

3.2.5.2 Ausschuß-Arbeitsgruppen der SPD-Bundestagsfraktion

Von den 23 Ausschußarbeitsgruppen der SPD-Bundestagsfraktion, die entsprechend der Ausschüsse des Bundestages arbeiten, haben 9 eine Sprecherin (39,1 Prozent). Unter den 43 stellvertretenden Sprecherinnen und Sprechern sind 23 Frauen.

3.3. Bundesregierung ²⁴

	insgesamt	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent
Bundesminister/innen	14	5	35,7
	SPD: 11 B90/Grüne: 3	SPD: 4 B90/Grüne: 1	SPD: 36,4 B90/Grüne: 33,3
Parlamentarische Staatssekretäre / Staatssekretärinnen ²⁵	26	9	34,6
	SPD: 21 B90/Grüne: 5	SPD: 5 B90/Grüne: 4	SPD: 23,8 B90/Grüne: 80,0

²⁴ Regierungsbildung am 27.10.1998

²⁵ einschließlich Staatsminister im Bundeskanzleramt und im Auswärtigen Amt

3.4 SPD-Fraktionen der Länderparlamente

3.4.1 Weibliche Abgeordnete in den SPD-Landestagsfraktionen

Bundesland	SPD-Mandate gesamt	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent	letzte Wahlen am
1. Bremen	47	22	46,8	06.06.99
2. Berlin	42	18	42,9	10.10.99
3. Sachsen	14	6	42,9	19.09.99
4. Hamburg	54	22	40,7	21.09.97
5. Saarland	25	10	40,0	05.09.99
6. Thüringen	18	7	38,9	12.09.99
7. Schleswig-Holstein	33	12	36,4	24.03.96
8. Mecklenburg- Vorpommern	27	9	33,3	27.09.98
9. Bayern	67	22	32,8	13.09.98
10. Hessen	46	15	32,6	07.02.99
11. Nordrhein-Westfalen	108	35 ²⁶	32,4	14.05.95
12. Rheinland-Pfalz	43	13	30,2	24.03.96
13. Brandenburg	37	9	24,3	05.09.99
14. Niedersachsen	83	20 ²⁷	24,1	01.03.98
15. Sachsen-Anhalt	47	11	23,4	26.04.98
16. Baden-Württemberg	39	5	12,8	24.03.96

²⁶ Durch Nachrücken Stand September 1999: 43 Frauen von 108 Abgeordneten = 39,8 Prozent

²⁷ Durch Nachrücken Stand September 1999: 23 Frauen von 83 Abgeordneten = 27,7 Prozent

3.4.2. Funktionsverteilung in den SPD-Fraktionen der Länder

Vorstände der SPD-Landtagsfraktionen ²⁸

	stellvertretende Fraktionsvorsitzende / davon Frauen	weitere Mitglieder/Beisitzer/innen des Fraktionsvorstandes / davon Frauen	Frauenanteil im Fraktionsvorstand in %
Baden-Württemberg	4 / 2	1 / 0	40,0
Bayern ²⁹	3 / 2	3 / 0	42,9
Berlin ³⁰	6 / 3	8 / 4	50,0
Brandenburg	3 / 2	1 / 0	40,0
Bremen	2 / 1	9 / 5	50,0
Hamburg ³¹	2 / 1	10 / 4	38,4
Hessen	4 / 2	3 / 2	50,0
Mecklenburg-Vorpommern	3 / 2	1 / 0	40,0
Niedersachsen	4 / 1	3 ³² / 1	25,0
Nordrhein-Westfalen	5 / 1	15 / 5	33,3
Rheinland-Pfalz	3 / 1	13 / 4	29,4
Saarland	2 / 1	7 / 3	40,0
Sachsen	2 / 1	2 / 1	40,0
Sachsen-Anhalt	2 / 1	1 / 0	25,0
Schleswig-Holstein	3 / 2	7 / 1	25,0
Thüringen	3 / 1	keine Angaben	

²⁸ Die SPD-Landtagsfraktion von Bayern hat eine weibliche Vorsitzende, alle anderen Fraktionen haben einen männlichen Vorsitzenden.

²⁹ Daten für den Geschäftsführenden Fraktionsvorstand. Der Gesamtvorstand der Fraktion besteht aus 21 Personen, davon 6 Frauen = 28,6 Prozent.

³⁰ Stand: 28.9.1999, Neuwahl nach der Abgeordnetenhauswahl am 10.10.1999 noch nicht berücksichtigt.

³¹ Die Neuwahl des Fraktionsvorstandes erfolgt im Herbst 1999, insoweit sind kurzfristig Änderungen möglich.

³² Hinzu kommen drei beratende Mitglieder, darunter ist eine Frau.

3.4.3 Frauenanteil unter den SPD-Arbeitskreis- und Ausschußvorsitzenden

	Arbeitskreise der SPD-Fraktionen	Ausschüsse der Parlamente
	Arbeitskreisvorsitzende insgesamt / davon Frauen	SPD-Ausschußvorsitzende insgesamt / davon Frauen
Baden- Württemberg	9 / 1	2 / 0
Bayern	13 / 2 ³³	4 / 0
Berlin ³⁴	6 / 3	6 / 2
Brandenburg	13 / 5	
Bremen	keine Angaben	
Hamburg	17 ³⁵ / 6	8 / 2
Hessen	13 / 4	6 / 3
Mecklenburg- Vorpommern	11 / 4	4 / 1
Niedersachsen	15 / 3	9 / 4
Nordrhein- Westfalen	23 / 4	12 / 3
Rheinland-Pfalz	14 / 3	5 / 1
Saarland ³⁶	14 / 4	7 / 1
Sachsen	4 / 1	keine Angaben
Sachsen-Anhalt	12 / 4	5 / 1
Schleswig-Holstein ³⁷	9 / 2	5 / 3
Thüringen	keine Angaben	

³³ plus 6 interne Arbeitskreise, davon 2 mit einer weiblichen Vorsitzenden.

³⁴ Stand: 28.9.1999, Neuverteilung nach den Abgeordnetenhauswahl am 10.10.1999 noch nicht berücksichtigt.

³⁵ Die Verteilung der Ausschüsse auf die Fraktionen regelt sich nach einem Zugriffsverfahren. Da die Arbeitskreissprecher/innen jeweils den Vorsitz im Ausschuß übernehmen, die Wahl der Arbeitskreisvorsitzenden aber vor dem Zugriffsverfahren erfolgt, ist die Zahl der Vorsitzenden nur bedingt von der Fraktion beeinflussbar.

³⁶ Stand: vor der Landtagswahl am 5.9.1999

³⁷ Quelle: Internetseiten der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein (www.spd-schleswig-holstein.de/fraktion) und des Schleswig-Holsteinischen Landtages

3.5 Landesregierungen ³⁸

3.5.1 Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist

Bundesland	Zahl der Regierungsmitglieder insgesamt ³⁹	Zahl der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder insgesamt	weibliche Regierungsmitglieder insgesamt und nach Parteizugehörigkeit	Frauenanteil in der Landesregierung insgesamt in Prozent
Berlin ⁴⁰ CDU/SPD-Koalition	11	5	4 SPD: 3 CDU: 1	36,4
Brandenburg SPD/CDU-Koalition	11	6	1 SPD: 1	9,1
Bremen SPD/CDU-Koalition	7	4	2 SPD: 2	28,6
Hamburg SPD/GAL-Koalition	12	8	6 SPD: 4 GAL: 1 parteilos: 1	50,0
Mecklenburg-Vorpommern SPD/PDS-Koalition	9	6	2 SPD: 1 PDS: 1	22,2
Niedersachsen SPD-Regierung	10	10	2 SPD: 2	20,0
Nordrhein-Westfalen SPD/Grüne-Koalition	10	8	4 SPD: 3 Grüne: 1	40,0

³⁸ Quelle: Oeckl. Taschenbuch des Öffentlichen Lebens, Internetseiten des Bundesrates, Bonn (www.bundesrat.de), eigene Recherchen und Berechnungen

³⁹ einschließlich der Ministerpräsidenten und der Ministerpräsidentin bzw. Regierenden Bürgermeisters

⁴⁰ Die Regierungsbildung nach der Abgeordnetenhauswahl am 10.10.1999 ist hier nicht berücksichtigt.

Bundesland	Zahl der Regierungsmitglieder insgesamt	Zahl der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder insgesamt	weibliche Regierungsmitglieder insgesamt und nach Parteizugehörigkeit	Frauenanteil in der Landesregierung insgesamt in Prozent
Rheinland-Pfalz SPD/FDP-Koalition	9	7	2 SPD: 2 FDP: 0	22,2
Sachsen-Anhalt SPD-Regierung	10	9	3 SPD: 3	30,0
Schleswig-Holstein SPD/Grüne-Koalition	10	7	4 SPD: 3 Grüne: 1	40,0

3.5.2 Zum Vergleich: Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD nicht beteiligt ist

Bundesland	Zahl der Regierungsmitglieder insgesamt	weibliche Regierungsmitglieder insgesamt und nach Parteizugehörigkeit	Frauenanteil in der Landesregierung insgesamt in Prozent
Baden-Württemberg CDU/FDP-Koalition	10	2 CDU: 2	20,0
Bayern ⁴¹ CSU-Regierung	18	4 ⁴² CSU: 4	22,2
Hessen CDU/FDP-Koalition	10	3 CDU: 2 FDP: 1	30,0
Saarland CDU-Regierung	8	2 CDU: 2	25,0
Sachsen CDU-Regierung	11	1 CDU: 1	9,1
Thüringen CDU-Regierung	10	1 parteilos: 1	9,1

⁴¹ Laut Geschäftsordnung besteht die Staatsregierung aus dem Ministerpräsidenten und bis zu 17 Staatsministern und Staatssekretären

⁴² Zwei Staatsministerinnen und zwei Staatssekretärinnen.

4. Bericht der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (Bundes-SGK) über die Repräsentanz der Frauen in kommunalen Vertretungen und kommunalen Spitzenpositionen

4.1. Frauenanteil bei Ratsmitgliedern in Gemeinden mit 20.000 und mehr Einwohnerinnen und Einwohnern ⁴³

Gemeinden in der Größenklasse:	SPD-Ratsmitglieder	davon Frauen		zum Vergleich 1996 in v. H.
		absolut	in v. H.	
1.000.000 und mehr	144	68	47,2	48,6
500.000 - 1.000.000	314	123	39,2	39,0
200.000 - 500.000	637	205	32,2	32,2
100.000 - 200.000	901	299	33,2	33,6
50.000 - 100.000	2005	579	28,9	28,9
20.000 - 50.000	6233	1607	25,8	26,0
Insgesamt	10234	2881	28,2	28,4

⁴³ Quelle: Deutscher Städtetag, Ratsmitglieder in den Gemeinden mit 20.000 und mehr Einwohnern, Stand 1.1.1997 - Die Ergebnisse der Kommunalwahlen in 1999 sind noch nicht berücksichtigt

4.2 Weibliche Vorsitzende der SPD-Stadt- und Kreistagsfraktionen ⁴⁴

Fraktionsvorsitzende	Anzahl insgesamt	davon Frauen	in v. H.
in Städten			
100.000 und mehr	84	8	9,5
50.000 bis 100.000	110	13	11,8
in Kreisen	330	27	8,2
Insgesamt	524	48	9,2

4.3 Von sozialdemokratischen Frauen besetzte Führungspositionen im Vergleich zu allen von der SPD besetzten Führungspositionen auf kommunaler Ebene ⁴⁵

Anzahl	alte	neue	Gesamt
	Bundesländer	Bundesländer	
Oberbürgermeisterinnen ⁴⁶	6 von 89	1 von 21	7 von 110
Bürgermeisterinnen in Städten mit mehr als 50.000 EW	1 von 11	1 von 4	2 von 15
Landrätinnen	4 von 64	0 von 25	4 von 89

⁴⁴ Stand: 30.09.99 – ohne Berücksichtigung der Neukonstituierung der Fraktionen nach der Kommunalwahl vom 12. September 1999 in Nordrhein-Westfalen

⁴⁵ Stand: 30.09.1999 – unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Kommunalwahlen am 12. September 1999 in Nordrhein-Westfalen

⁴⁶ Die Gemeindeordnungen der Länder unterscheiden sich stark in der Festlegung, in welchen Städten der Bürgermeister den Titel "Oberbürgermeister" führt:
in Baden-Württemberg z.B. führt der Bürgermeister in Stadtkreisen und Großen Kreisstädten (ab 20.000 Einwohnern) den Titel "Oberbürgermeister";
in Nordrhein-Westfalen führen nur die Bürgermeister der kreisfreien Städte den Titel "Oberbürgermeister"; in kreisangehörigen Städten in Nordrhein-Westfalen, auch wenn sie mehr als 100.000 Einwohner haben, ist der Titel "Bürgermeister"

4.4.. Frauen im Vorstand der Bundes-SGK und in den Vorständen der Landes-SGKs

Bundes-SGK	11 von 30	= 36,7 %
Baden-Württemberg	12 von 28	= 42,9 %
Bayern	5 von 27	= 18,5 %
Berlin	6 von 18	= 33,3 %
Brandenburg	6 von 21	= 28,6 %
Hessen	6 von 20	= 30,0 %
Mecklenburg-Vorpommern	3 von 17	= 21,4 %
Niedersachsen	8 von 23	= 34,8 %
Nordrhein-Westfalen	13 von 29	= 44,8 %
Rheinland-Pfalz	6 von 20	= 30,0 %
Saarland	3 von 19	= 15,8 %
Sachsen	5 von 10	= 50,0 %
Sachsen-Anhalt	2 von 13	= 15,4 %
Schleswig-Holstein	5 von 10	= 50,0 %
Thüringen	2 von 13	= 15,4 %

In drei Ländern ist eine Frau Vorsitzende der Landes-SGKs:

Renate Schwarze, Beigeordnete der Stadt Hoyerswerda (Sachsen),
 Marie-Luise Smeets, Oberbürgermeisterin von Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen),
 Beate Weber, Oberbürgermeisterin von Heidelberg (Baden-Württemberg).

5. Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

5.1. SPD-Parteivorstand ⁴⁷

	Frauen		Männer	
	absolut	Prozent	absolut	Prozent
Abteilungsleiterinnen/ Abteilungsleiter	0	0	5	100
Pressesprecherinnen/ Pressesprecher	0	0	1	0
Leiterinnen / Leiter bzw. Referentinnen / Referenten und persönliche Referentinnen und Referenten in Vorstandsbüros	2	16,7	10	83,3
Referatsleiterinnen/ Referatsleiter	1	25,0	3	75,0
Referentinnen/ Referenten	23	45,1	28	54,9
Sachbearbeiterinnen/ Sachbearbeiter	18	69,2	8	30,8
Sekretärinnen/ Sekretäre	35	97,2	1	2,8
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im technischen und Bürobereich	8	42,1	11	57,9
Auszubildende	-	-	-	-
gesamt	87	56,5	67	43,5
Vergleich 1997	158	60,8	102	39,2

⁴⁷ Quelle: Personalreferat des SPD-Parteivorstandes. Aufgelistet sind alle im Oktober 1999 besetzten Stellen. Durch den Berlin-Umzug sowie durch Strukturveränderungen sind direkte Vergleiche mit den Vorjahren nicht möglich.

5.2. SPD-Landesverbände, -Bezirke und -Unterbezirke

LV / Bezirk	Leitende Landes/ Bezirks- geschäftsführer/innen		Landes-/ Bezirksge- schäftsführer/ innen		Referent/innen auf Landes- und Bezirks- ebene		weitere Mitarbeiterin- nen und Mit- arbeiter des Landes- verbandes/ Bezirk		Kreis-, Unter- bezirksge- schäftsfüh- rer/innen		Mitarbeiterin- nen und Mit- arbeiter der Unterbezirke "ohne poli- tische Zustän- digkeiten"	
	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen
Schlesw.- Holstein	1	0	0	0	3	1	13	11	2	0	21	18
Hamburg	1	0	0	0	1	0	11	9	7	3	0	0
Bremen	1	0	0	0	0	0	8	7	1	1	4	3
Nord-Nie- dersach- sen	1	0	1	0	0	0	2	2	2	0	4	4
Weser- Ems	0	0	1	0	0	0	4	4	6	0	9	9
Hannover	1	0	5	0	0	0	13 ⁴⁸	12	7	4	21	21
Braun- schweig	1	0	1	0	0	0	2	2	4	1	9	9
Ostwest- falen- Lippe	1	1	1	0	3	1	4	3	7	2	7	7
Westli- ches Westfalen	1	0	4	1	2	1	12	10	23	4	29	27
Nieder- rhein	1	0	4	2	1		8	5	15	1	0	0
Mittelrhein	1	0	2	0	2	2	13	13	11	2	7	6
Hessen- Nord	1	0	2	0	1	1	13	6	8	1	9	8
Hessen- Süd	2	0	1	1	4	4	13	11	17	6	17	16
Baden- Würt- temberg	1	0	2	1	3	1	42	39	10	3		
Bayern	0	0	2	0	2	0	16	11	25	5	26	23
Rheinland /Hessen Nassau	1 ⁴⁹	1	1	1	0	0	11 ⁵⁰	10 ⁵¹	6	2	0	0
Rhein- hessen	0	0	1	0	0	0	5	5	3	0	5	5
Pfalz	1	0	1	0	0	0	18	keine Angabe	8	3	6	6
Saar	1	0	0	0			8	7	4	0	11	11

⁴⁸ Ohne Geschäftsführer

⁴⁹ ehrenamtlich

⁵⁰ 1 Auszubildende

⁵¹ 1 Auszubildende

LV / Bezirk	Leitende Landes/ Bezirks- geschäftsführer/innen		Landes-/ Bezirksge- schäftsführer/ innen		Referent/innen auf Landes- und Bezirks- ebene		weitere Mitarbeiterin- nen und Mit- arbeiter des Landes- verbandes/ Bezirk		Kreis-, Unter- bezirksge- schäftsführer/innen		Mitarbeiterin- nen und Mit- arbeiter der Unterbezirke "ohne poli- tische Zustän- digkeiten	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Berlin	1	0	0	0	5	1	7	5 ½	13	7	2 ½	2 ½
Mecklen- burg-Vor- pommern	1	0	2 ⁵²	1	1	1	21	13	10	3	11	10
Bran- denburg	1	0	0	0	4	2	3 ⁵³	3 ⁵⁴	13	4		
Sachsen- Anhalt	1 ⁵⁵	1 ⁵⁶	0	0	0	0	5	3	8	1	10	10
Thüringen												
Sachsen												

Landesverbände, die nicht den Status von Bezirken haben

LV / Bezirk	Leitende Landesge- schäftsführer/innen		Landesge- schäftsführer/ innen		Referen- t/innen auf Landes- ebene		weitere Mitarbei- terinnen und Mitar- beiter des Landes- verbandes	
	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen
Niedersachsen								
Nordrhein- Westfalen	1	0	1	0	8	4	6	5
Hessen	1	0	1	0	1	0	1	1
Rheinland-Pfalz	1 ⁵⁷	0	0	0	2	1	4	0

⁵² Stellvertreter

⁵³ plus 3 Sekretärinnen in UB-Geschäftsstellen

⁵⁴ plus 3 (siehe oben)

⁵⁵ plus 1 stellvertretende Landesgeschäftsführerin

⁵⁶ plus 1 stellvertretende Landesgeschäftsführerin

⁵⁷ ehrenamtlich